

Haushaltsrede von Bernd Sontheimer, FDP Plus, zum Haushalt 2025
der Stadt Aalen, im Gemeinderat am 19.12.2024

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sperrfrist bis Beginn der Rede!

1. Einleitung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Brütting,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

dieses Jahr wurde ich für die FDP neu in den Aalener Gemeinderat gewählt. Zu Beginn möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen und auch bei der Verwaltung für die allseits freundliche Aufnahme herzlich bedanken.

2. Zum Haushalt

Gemäß dem Haushaltsentwurf 2025 sollen sich die Einnahmen aus der Grundsteuer aufkommensneutral entwickeln, der städtische Anteil aus der Einkommensteuer von gut 49 auf gut 51 Mio steigen, und auch die Gewerbesteuer würde sich von 50 auf 52 Mio. erhöhen, selbst wenn man den Hebesatz nicht wie von der Verwaltung beantragt erhöhen würde. Also ein Einnahmen-Problem haben wir in Aalen im Grunde nicht.

Ganz anders sieht es auf der Ausgabenseite aus.

Mit großer Sorge sehe ich, wie die Stadt Aalen plant in den kommenden drei Jahren fast 100 Millionen € an neuen Schulden aufzunehmen. Und sie hat offenbar noch keinen Plan dafür, wann und wie diese Schulden jemals wieder getilgt werden könnten. Schulden können durchaus sinnvoll sein, wenn man damit Investitionen anschiebt. Investitionen, die auch nachfolgenden Generationen zugute kommen und sich für diese auszahlen. Die Stadt finanziert aber nach meinem Verständnis auch laufende Ausgaben, quasi den **Konsum mit Schulden**. Dafür möchte sie

den Kassenkredit - quasi den Dispo auf dem Girokonto - auf 52 Millionen € erhöhen. Das ist rechtlich zulässig, aber aus meiner Sicht **höchst grenzwertig**.

3. Sparen, Sparen, Sparen – aber nicht bei Bildung und Betreuung

Frau Städtkammerin Faußner hat in ihrer Haushaltsrede aus gutem Grund darauf hingewiesen wir müssten nun sparen, sparen, sparen.

Vielleicht müssen wir an manchen Stellen sogar sparen „bis es weh tut“, damit wir Spielräume gewinnen. Spielräume, um nicht dort sparen zu müssen, wo wir nicht sparen wollen.

Wo wir nicht sparen wollen ist bei unserer Zukunft, d.h. bei **Kindern, Bildung und Betreuung**. Aalen hat in den letzten Jahren hier sehr vieles richtig gemacht, davon konnte ich mich bei der Eröffnung mehrerer Kitas bereits überzeugen. Und hier sollten wir auch nicht nachlassen, damit die nächste Generation beste Chancen bekommt.

Aus meiner Sicht müssen wir aber auch **Ausgaben nochmal überprüfen**, die wir in den letzten Wochen bereits „durchgewunken“ haben und die noch nicht veranlasst wurden. Brauchen wir zum Beispiel jetzt neue Stühle in der Stadthalle, wenn der Preis dafür ist, dass wir uns künftig unter Umständen weniger Veranstaltungen in der Stadthalle leisten können. Uns Freien Demokraten sind stattfindende **Kulturveranstaltungen** dann doch wichtiger als neue Stühle.

4. Personalentwicklung und Digitalisierung

Wobei, wenn wir uns das Ausgabenproblem anschauen, ist ein guter Teil nicht hausgemacht. Ein Tarifabschluss im öffentlichen Dienst mit einem Lohnzuwachs in 2023 von fast 10,5 % schlägt sich in einem Anstieg der jährlichen Personalkosten von 72 auf 80,5 Mio. € nieder. Und genau genommen hat vermutlich auch eine Erhöhung der Kreisumlage zu einem guten Teil die gleiche Ursache. Natürlich hat das Ostalbklinikum einen

riesigen Abmangel, aber eben auch den höchsten Personalstand aller Zeiten und auch dort war der Lohnanstieg vergleichbar.

Genau genommen hat die öffentliche Hand die gleiche Krankheit wie aktuell die gesamte Wirtschaft in Deutschland. Die durchschnittliche Jahres-Arbeitszeit pro Mitarbeiter ist laut Statistik der OECD in Deutschland mit 1349 Stunden nun die niedrigste aller OECD-Länder. Der Durchschnitt aller OECD-Länder arbeitet 1716 Stunden, das heißt 27 % mehr pro Jahr als wir in Deutschland. Das wäre alles kein Thema, wenn die geringere Arbeitszeit und der Lohnzuwachs sich bei uns aus dem Zuwachs bzw. dem "Mehr" an Produktivität ergäbe. Aber wie sieht denn die Wahrheit aus?

Bei der Stadt Aalen ist der Personalstand alleine in den letzten sechs Jahren um über 34 % angewachsen, auf nunmehr fast 1.400 Mitarbeiter. Sicher sind hierbei auch Mitarbeitende dabei, die wir früher nicht brauchten, zum Beispiel für die Ganztages-Betreuung in den Kitas. Aber auch die reine Verwaltung wächst immer noch – erst vor wenigen Wochen haben wir die Anmietung zusätzlicher Büroflächen im Kubus beschlossen, weil das Rathaus aus allen Nähten platzt.

Dieses Rathaus wurde vor ziemlich genau 50 Jahren bezogen. Damals dürfte die Stadtverwaltung etwa die Hälfte der heutigen Beschäftigtenzahl gehabt haben. Mein Vater hat damals hier sein neues Büro beim Personal- und Organisationsamt bezogen und ich kann mich noch sehr gut daran erinnern.

Und jetzt halten wir uns mal vor Augen, wie damals der typische Arbeitsplatz aussah: Aktenordner, Karteikästen, eine Schreibmaschine oder ein Diktiergerät, Ganz bestimmt keine Bildschirm-Arbeitsplätze. Und dennoch brauchen wir heute doppelt so viele Mitarbeiter. Auch dieses Jahr beantragt die Verwaltung einen Zuwachs von fast 20 neuen Stellen.
So kann das Personalwachstum keinesfalls weitergehen.

Die Freien Demokraten und ich zweifeln nicht an der Aussage des Personalrats, dass einzelne Mitarbeitende überlastet sind. Aber die Verwaltung muss sich dann fragen, wie sie die Aufgaben sinnvoller verteilen kann und wo sie die Möglichkeiten der Digitalisierung ausbauen und optimieren kann.

Die Digitalisierung hat es generell schwer bei uns in Deutschland, zum Beispiel weil unter vielen Dokumenten noch eine Original-Unterschrift verlangt wird. Ich möchte die Verwaltung ermutigen, z.B. über den Städtetag auch ihren Einfluss auf Änderungen der Gesetze zu nutzen. Wir Freien Demokraten wollen auf jeden Fall die Abschaffung von Digitalisierung-Hürden auf Landes- und Bundesebene gerne unterstützen, wo immer wir dies können.

5. Steuerentwicklung – Entwicklung der Hebesätze

Lassen Sie mich aber auch nochmal auf die Einnahmeseite des Haushalts schauen:

Es wird Sie kaum überraschen, dass die Freien Demokraten gegen Steuererhöhungen sind. Die Verwaltung schlägt eine Erhöhung der **Gewerbesteuer** vor. Herr Brütting sagte in seiner Haushaltsrede, dass das vertretbar sei, weil sich das Aalener Gewerbe auch in schwieriger Zeit robust zeige. Die Erhöhung mag als ein kleiner, überschaubarer Betrag für die Unternehmen erscheinen, aber diese werden ja mit vielen weiteren solcher "Kleinigkeiten" konfrontiert: Höhere Energiekosten, höhere Sozialversicherungsbeiträge, höhere Personalkosten, Fachkräftemangel, weltwirtschaftliche Unsicherheiten, und vieles mehr – viele "Kleinigkeiten" können sich dann durchaus zu einem großen Problem addieren.

Die öffentliche Hand ruft immer dann nach Steuererhöhungen, wenn es finanziell "eng" wird. In guten Zeiten werden die Erhöhungen dann aber nicht mehr zurückgenommen.

Falls die Gewerbesteuer erhöht werden sollte, so möchte ich deshalb anregen die **Erhöhung der Gewerbesteuer zu befristen**, zum Beispiel auf zuerst vier oder fünf Jahre. Zum Ablauf der Frist könnte der Gemeinderat dann prüfen, ob und für welchen Zeitraum eine weitere Verlängerung des erhöhten Hebesatzes nötig ist.

Kommen wir zur **Grundsteuer**. Die Reform sollte eigentlich aufkommensneutral sein. Die Verwaltung hat aber auf meine Nachfrage hin bereits eingeräumt, dass sie bei der Festsetzung des Hebesatzes einen "Sicherheitszuschlag" einkalkuliert hat. Im Haushaltsentwurf 2025 finden sich dann auch Mehreinnahmen von etwa 4 %. Über diese faktische Erhöhung hinaus wird bereits jetzt eine weitere Erhöhung der Grundsteuer in 2026 vorgeschlagen.

Zusammen mit meinen Parteikollegen möchte ich anregen, die **Grundsteuer A und B nicht zu erhöhen - und dafür zu prüfen**, ob uns die **Einführung der Grundsteuer C** weiterhilft.

Diese Variante wäre **sozial verträglicher**, weil der typische Eigenheim-Besitzer nicht belastet wird, ebenso wenig wie Mieter, auf die die Grundsteuer bekanntlich umgelegt werden darf. Zudem ist dies ein Anreiz zur **Innenentwicklung und Verdichtung der Bebauung** und verringert entsprechend den Flächenverbrauch in den Außenbereichen.

6. Wohnungsbau

Womit wir beim Thema **Wohnungsbau** angelangt sind. In Deutschland mangelt es an Wohnraum, vor allem an bezahlbarem Wohnraum. Um so erfreulicher ist es, dass wir in den letzten Monaten im Gemeinderat bereits über mehrere Entwicklungsprojekte diskutieren konnten. Nach meiner Rechnung summiert sich das auf mindestens 700 bis 800 neue Wohneinheiten in den kommenden Jahren. Erfreulich ist dabei, dass hier auch geförderter Wohnraum in erheblichem Umfang entstehen soll. Die Freien Demokraten sind davon überzeugt, dass der weitere Anstieg der Mietpreise nicht durch einen Mietendeckel, sondern nur durch eine **Vergrößerung des Wohnungsangebots** verhindert werden kann. Wir

unterstützen deshalb die Ermittlung und Nutzung von Potentialen zur Aufstockung und unter Umständen auch Zugeständnisse z.B. bei der Grundflächen- oder Geschossflächenzahl.

Bei allen aktuellen Projekten handelt es sich jedoch fast ausschließlich um Geschosswohnungsbau bzw. Mehrfamilien-Häuser. Die Freien Demokraten sind davon überzeugt, dass auch dem Traum des Schwaben vom **freistehenden Eigenheim** an geeigneter Stelle Platz eingeräumt werden muss.

7. Mobilität

Die Stadt Aalen ist eine Flächenstadt und die Bürger müssen hier Mobil sein, um zur Arbeit zu kommen, zum Einkaufen, zum Arzt, zu Sport und Kultur, und vielem mehr. Die Freien Demokraten unterstützen die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs, wobei für das ÖPNV-Angebot zwar vor allem der Kreis verantwortlich ist, wir als Stadt aber beim **Ausbau von Haltestellen** in der Pflicht sind, oder bei **Park & Ride-Möglichkeiten**. Auch den Ausbau des **Radwegenetzes** unterstützen wir ausdrücklich. Wir sind aber sicher, dass viele Bürger auch mittelfristig auf den PKW angewiesen bleiben und es vor allem auf einen **gesunden Mix der Verkehrsträger** ankommt. Die Innenstadt muss für PKWs erreichbar bleiben und bezahlbare Parkmöglichkeiten bieten. Sehr begrüßen würden wir z.B. den **Bau eines weiteren Parkhauses** auf dem früheren Gaskessel-Areal.

Wir unterstützen auch **Tempo 30-Zonen**, aber nur dort wo sie aus Lärmschutz- oder Sicherheitsüberlegungen wirklich Sinn machen und nicht nur der Verkehrsbehinderung dienen.

8. Innenstadtentwicklung

Ohne Geschäfte und Handel in der Innenstadt wäre eine Stadt keine Stadt mehr. Sondern im Grunde nur noch eine Wohnsiedlung. Deshalb müssen wir unser **Gewerbe in der Innenstadt halten und unterstützen**. Erst vor

wenigen Wochen haben wir erneut über die Ansiedlung von Innenstadt-relevantem Handel am Stadtrand diskutiert. Hier müssen wir sehr wachsam sein und die richtigen Entscheidungen treffen, um den örtlichen Handel zu schützen.

9. Kultur, Vereine, Ehrenamt

Der soziale und kulturelle Zusammenhalt wird maßgeblich vom Ehrenamt getragen. Sport, Kultur, Vereine, Rettungsdienste, Freiwillige Feuerwehr, THW, aber auch soziale Initiativen, wie z.B. die Tafel. **Trotz knapper Kassen müssen wir uns Kultur und Ehrenamt etwas kosten lassen** und die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.

10. Barrierefreiheit

Die Stadt Aalen soll auch für Menschen mit Beeinträchtigungen gute Bedingungen bieten. Deshalb ist **Barrierefreiheit** im öffentlichen Raum ein wichtiges Thema und sehr gerne arbeite ich mit - in der AG Bau des Beirats für Menschen mit Behinderung.

Gut gedacht ist leider nicht immer gut gemacht. Das habe ich dort gelernt. Wenn ein Bus an der neuen Haltestelle an der Kreissparkasse hält, steht direkt vor der hinteren Einstiegstür ein Baum. Die Rampe für einen Rollifahrer lässt sich dort nicht einmal ausklappen. Oder wenn man dem Blindenleitsystem folgt läuft man direkt auf eine Säule zu. Solche Fehler dann im zweiten Anlauf zu korrigieren kostet viel Geld. Geld, das wir eigentlich nicht mehr haben.

Mit mehr Aufmerksamkeit in der Planung, besserer Zusammenarbeit der beteiligten Ämter, und mit rechtzeitiger Einbeziehung des Beirats lassen sich hier Doppelausgaben vermeiden, und letztlich mehr an Verbesserung, mehr an Barrierefreiheit erreichen. Hier muss die Verwaltung künftig genauer hinschauen.

11. Klima

Wir stehen zum Ziel der **Klimaneutralität** der Stadt Aalen und unterstützen z.B. den Bau von Photovoltaikanlagen oder den Bau von Nahwärmenetzen. Allerdings muss **Energie** für Bürger und Unternehmen auch **bezahlbar** bleiben und insgesamt wirtschaftlich Sinn machen. Gerade bei der Wärmeplanung und den künftig geplanten Nahwärmenetzen müssen wir die Wirtschaftlichkeit für die Kunden im Blick behalten.

12. Zum Schluss

Die aktuelle Legislaturperiode des Gemeinderats wird mit Sicherheit finanziell nicht einfach. Andererseits: Die Historie zeigt auch, dass oft genug der Mangel auch eine Chance sein kann. Vielleicht gäbe es im Schwabenland gar nicht so viele Tüftler und Denker, wenn wir reich an Bodenschätzen wären. Ich hoffe deshalb darauf, dass wir im Gemeinderat trotz oder gerade ob des Mangels an Geld gute und innovative Lösungen und Verbesserungen für unsere Bürger finden.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit!